

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Sommer 2025

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI

Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 2/2025

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Juni 2025

2025 konjunkturelle Wende, 2026 Aufschwung von 1 ½ %

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Quartal dieses Jahres überraschend deutlich gewachsen, um 0,4 %. Da einige Sondereffekte diese Entwicklung begünstigten, dürfte das zweite Quartal eher schwächer ausfallen. Inzwischen ist eine neue Regierung im Amt. Die Union hatte umfassende Wirtschaftsreformen angekündigt. Es bleibt aber abzuwarten, inwieweit in der Koalition mit der SPD angesichts teils unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Vorstellungen die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen umgesetzt werden können. Bei klaren Reformbeschlüssen dürfte die bisherige Zurückhaltung insbesondere bei Investoren schwinden. Die neue Koalitionsregierung hat zudem schon vor Amtsantritt die Verschuldungsmöglichkeiten für die Bereiche Infrastruktur und Verteidigung stark erweitert. Dies wird künftig für Konjunkturimpulse sorgen. Kurzfristig gibt es aber auch noch dämpfende Einflüsse. Zu den geopolitischen Unsicherheiten kommt die unberechenbare Handelspolitik der neuen US-Administration hinzu; auch auf deutsche Exporte in die USA wurden Zölle erhöht bzw. eingeführt, weitere drohen. Das mindert die für den weiteren Jahresverlauf erwartete Wiederbelebung der Wirtschaft. Das HWWI rechnet für 2025 im Jahresdurchschnitt, nicht zuletzt wegen des negativen Überhangs aus dem Jahr 2024, mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 %. Unter der Annahme, dass die neue Regierung rasch wichtige wirtschaftliche Reformen umsetzt, zusätzliche Ausgaben in Infrastruktur und Verteidigung anlaufen sowie weiterer Lockerung der Geldpolitik ist für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 1 ½ % möglich. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise hat im April und Mai mit 2,1 % fast wieder die Stabilitätsmarke von 2 % erreicht. Die deutlich gestiegenen Arbeitskosten halten die sogenannte Kernrate – zuletzt rund 2 ¾ % – jedoch noch höher. Im weiteren Verlauf dürfte aber mit moderateren Lohnabschlüssen der Inflationsdruck weiter nachlassen und sich die Inflationsrate bei 2 % stabilisieren. Nicht nur wegen der geopolitischen Unsicherheiten und der erratischen US-Zollpolitik bleiben die Risiken für diese Prognose hoch. Die von der neuen Regierung erwartete wirtschaftspolitische Wende steht noch an und je weniger konsequent Reformen zur Verbesserung der Standortbedingungen durchgeführt werden, desto beschränkter sind die Wachstumschancen.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner

Jörg Hinze

Editiert von

Michael Berlemann

Wirtschaft zu Jahresbeginn überraschend positiv

Die deutsche Wirtschaft ist in den ersten Monaten dieses Jahres überraschend deutlich gewachsen, um 0,4 % im ersten Quartal; zunächst hatte das Statistische Bundesamt lediglich eine Zunahme um

0,2 % vermeldet. Gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahrs ist das reale Bruttoinlandsprodukt aber immer noch um 0,2 % gesunken. Da wohl einige Sondereffekte diese Entwicklung begünstigten, ist im zweiten Quartal eher nochmals mit einer schwächeren Entwicklung zu rechnen. Damit würde sich nach dem Rückgang um 0,2 % im 4. Quartal 2024 zunächst einmal lediglich die seit gut zwei Jahren zu beobachtende „Wellblechkonjunktur“ auf Stagnationsniveau fortsetzen. Soweit Unternehmens- und Bauinvestitionen sowie der private Konsum gestiegen sind, waren dies teils saisonbedingte Korrekturen. Ein „Durchstarten“ der Konjunktur war angesichts der Ungewissheit über die künftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zumindest nicht auf Unternehmensseite zu erwarten gewesen, auch wenn die Entwicklung der Gewinne zumindest der größeren Unternehmen, die den Großteil ihrer Umsätze im Ausland tätigen, mehr erwarten hätte lassen können.

Die Abwartehaltung der Unternehmen war aufgrund der Ungewissheit über künftige Investitionsanreize sowie sonstige Verbesserungen der inländischen Standortbedingungen verständlich. Bei den Bauinvestitionen hatte sich angesichts des erreichten niedrigen Niveaus, speziell im Wohnungsbau, sowie rückläufiger Zinsen und des gedämpften Anstiegs der Baupreise eine Bodenbildung bereits abgezeichnet; die Wohnungsbaugenehmigungen sind im ersten Quartal von dem sehr niedrigen Stand aus wieder geringfügig gestiegen. Die privaten Verbraucher haben ihre Ausgaben merklich erhöht, was aufgrund der Zunahme ihrer Realeinkommen schon länger zu erwarten war. Der tendenzielle Rückgang der realen Exporte wurde zudem wohl zeitweilig lediglich durch Vorzieheffekte im Vorfeld drohender US-Zölle unterbrochen. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist gleichwohl nicht gestoppt, denn der Euro-Kurs gegenüber dem US-Dollar hat merklich angezogen und deutsche Exporte im Ausland zusätzlich verteuert.

Anfang Mai wurde der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD unterzeichnet und die neue Regierung ins Amt eingeführt. An ihr liegt es nun, die politischen Unsicherheiten und die damit verbundene Wirtschaftsschwäche der vergangenen Monate/Jahre durch reformorientiertes Handeln zu überwinden. Einiges spricht dafür, dass sich sowohl bei Investoren wie auch Verbrauchern ein Nachholbedarf aufgestaut hat. Könnte dieser durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem Stimmungsumschwung führen, wäre, zumal durch die Lockerung der staatlichen Schuldenregeln zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Verteidigung und Infrastruktur erfolgen werden, schon bald ein merklicher Wachstumsschub möglich. Dieser wäre angesichts der aktuellen Unterauslastung der Kapazitäten trotz des deutlich verringerten Potenzialwachstums möglich und würde letztlich auch zur Verbesserung der mittel- und längerfristigen Wachstumsdynamik beitragen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit, Kerninflationsrate noch deutlich über 2 %

Die bislang schwache Wirtschaftstätigkeit hat – bei allerdings gleichzeitiger Ausdehnung des Erwerbspersonenpotentials, zu einem erheblichen Teil durch Zuwanderung – Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit dem Frühsommer 2024 tendenziell zurückgegangen; zuletzt (im April) war sie um etwas mehr als 60.000 Personen niedriger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwar dank Ausweitung der Beschäftigung vor allem im öffentlichen Dienst sowie der vermehrten Schaffung von Teilzeitstellen noch recht stabil geblieben. Dem steht allerdings der weitere Rückgang der Beschäftigung in den Krisenbranchen Industrie und Bauwirtschaft gegenüber. Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt bis zuletzt gestiegen. Unbereinigt hat sie knapp 3 Millionen erreicht, fast 200.000 mehr als vor Jahresfrist; das entspricht 6,3 % der Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen. Dabei ist zudem zu bedenken, dass der Personenkreis, der in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen wird, „definitorisch“ begrenzt ist; wer aufgrund verschiedener Kriterien nicht zu den dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehenden Personen gezählt wird, erscheint erst gar nicht in der Arbeitslosenstatistik. Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung hat auch die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen

nachgelassen; die Zahl der offenen Stellen hat sich merklich verringert, die Ankündigungen von Personalabbau haben zugenommen.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise hat zuletzt – im April und Mai – mit 2,1 % fast wieder die Stabilitätsmarke von 2 % erreicht. Die sogenannte Kernrate – Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie – hält sich aber mit 2 ¾ % noch deutlich darüber, und auch die Nahrungsmittelpreise steigen noch spürbar. Hauptgrund für die günstigere Entwicklung der Inflationsrate insgesamt war der Rückgang der Ölpreise und anderer Energiepreise in den vergangenen Monaten; aber auch andere Einfuhrpreise sind dank der Euro-Aufwertung billiger geworden. Hauptgrund für die noch merklich darüber liegende Kernrate sind die in den vergangenen zwei Jahren kräftigen und noch nachwirkenden Arbeitskostensteigerungen, was sich vor allem im Anstieg der Dienstleistungspreise von immer noch 3 ½ % widerspiegelt. Auch wenn diese unterschiedlichen Trends so nicht andauern dürften – die Ölpreise dürften kaum so weiter sinken, eher wieder etwas steigen, auf der anderen Seite lassen die moderateren Tarifabschlüsse der jüngeren Vergangenheit künftig wieder langsamer steigende Arbeitskosten erwarten – so zeichnet sich doch eine Stabilisierung der Anstiegsrate für die Verbraucherpreise insgesamt bei 2 % ab.

Neustart? – Warten auf Reformen und wirtschaftspolitische Wende

Die neue Regierung aus Union und SPD ist seit Mitte Mai im Amt. Schon kurz vor Amtsantritt hatte sie sich eine Lockerung der öffentlichen Schuldenregeln speziell für zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben parlamentarisch bewilligen lassen, bis zu jeweils 500 Milliarden Euro, insgesamt also bis zu einer Billion Euro. Auch wenn diese über einen längeren Zeitraum (die Rede ist von 10 Jahren) gestreckt erfolgen, wird hiervon ein erheblicher konjunktureller Impuls ausgehen, und das über einen längeren Zeitraum. Für die längerfristigen Wachstumsperspektiven wird allerdings auch entscheidend sein, wieweit dieser Impuls auf die Privatwirtschaft übergreift – und dabei wird es auf die Umsetzung der angekündigten wirtschaftspolitischen Reformen ankommen.

Die Koalitionsvereinbarungen bieten hierzu gewisse Anhaltspunkte, aber – wie (fast) üblich bei zwei Partnern mit teils recht unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen – fehlt doch die gemeinsame Entschlossenheit zu größeren Schritten. So soll es schon bald bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen für die Jahre 2025-2027 geben, eine Senkung der Unternehmenssteuern wurde aber erst mal auf 2028 hinausgeschoben (dabei bleibt abzuwarten, ob sie angesichts des Finanzierungsvorbehalts denn kommt, und wenn sie kommt, dann in nur kleinen Schritten). Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags, den auch viele Unternehmer bezahlen, unterblieb. Eine rasche Senkung der Energie-, besonders der Stromkosten, ist für mehrere Branchen schon aus internationalen Wettbewerbsgründen wünschenswert, die Energiekosten in Deutschland sind aber generell für Unternehmen und Verbraucher hoch. Die politisch motivierte Diskussion um die Auslegung des Mindestlohnkompromisses schon im Anschluss an die Koalitionsvereinbarungen ist aus mehreren Gründen wenig hilfreich. Abgesehen davon, dass eine sofortige Erhöhung der Mindestlöhne auf 15 Euro einen Anstieg um 17 % bedeutete, sind diese bereits in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen und haben zu einem Abbau gering qualifizierter Beschäftigungen geführt. Schließlich gibt es eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzte Mindestlohnkommission, die bei weiteren Anhebungen ökonomische und soziale Aspekte berücksichtigen und abwägen kann. Wie vor dem Hintergrund von EU-Richtlinien die Einschränkung des nationalen Lieferkettengesetzes und generell der Bürokratieabbau erfolgen sollen, bleibt ebenfalls noch unklar.

Hier wird davon ausgegangen, dass einiges an wirtschaftspolitischen Reformen – insbesondere die Abschreibungserleichterungen und Senkung der Stromkosten – schon bald durchgeführt wird, die große Wende aber wenig wahrscheinlich ist. Was von dieser Seite an wirtschaftlichen Impulsen geringer als von vielen erhofft ausfallen wird, dürfte in den kommenden Jahren allerdings durch die zusätzlichen Ausgaben in Verteidigung und Infrastruktur aufgefangen werden.

In diesem Jahr erst geringe konjunkturelle Impulse

In diesem Jahr sind von alledem allerdings erst geringe Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Sowohl die Umsetzung der Maßnahmen für mehr Verteidigungsausgaben als auch für Infrastrukturinvestitionen erfordert Zeit für deren Planung, Bewilligung, Auftragserteilung und Auslieferung bzw. Fertigstellung. Etwas schneller sollte die parlamentarische Beschlussfassung und Durchführung der schon kurzfristig angekündigten Reformen erfolgen können. Dann dürfte sich die Stimmung bei privaten Unternehmen und Verbrauchern und damit deren Investitionsbereitschaft bzw. Kaufneigung im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2025 allmählich aufhellen.

Die Unternehmen werden sicherlich vielfach noch abwarten, bis die angekündigten Abschreibungserleichterungen und Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten beschlossen werden und viele ihrer Investitionen erst nach und nach durchführen. Die von staatlicher Seite durch die Lockerung der Schuldenregeln ermöglichten, zusätzlichen Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen sowie für Sicherheit (Verteidigung) müssen mit dem Bundeshaushalt 2025 abgestimmt werden, der nach dem Ampel-Aus aber nicht mehr beschlossen wurde und somit von der neuen Regierung noch verabschiedet werden muss. Nachdem nach den Neuwahlen nun wieder eine gewisse politische Ruhe eingeleitet ist, dürften zumindest die privaten Verbraucher, zumal angesichts des immer noch hohen Sparniveaus, ihre Kaufzurückhaltung weiter lockern. Die deutlich gestiegenen Realeinkommen sowie eine eher größere Kaufneigung lassen, denn schon in der zweiten Jahreshälfte 2025 eine spürbare Zunahme des privaten Konsums erwarten. Weniger günstig hingegen sind die Aussichten aufgrund der US-Zollpolitik und der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar für die deutschen Exporteure. Unter all diesen Bedingungen dürfte das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Jahreshälfte 2025 insgesamt moderat zunehmen. Aufgrund der schwächeren ersten Hälfte dieses Jahres und des negativen statistischen Überhangs aus dem Jahr 2024 ist für den Jahresdurchschnitt 2025 aber lediglich mit einer Zunahme um 0,2 % zu rechnen.

2026 Aufschwung bei markanten Wirtschaftsreformen möglich

Bei baldigen wirtschaftspolitischen Reformen eröffnet sich im Jahr 2026 die Chance für einen spürbaren Aufschwung. Hier wird davon ausgegangen, dass die beiden Koalitionspartner angesichts des Reformdrucks weniger konsensfähige Reformpunkte hintenanstellen und wichtige, bereits vereinbarte Maßnahmen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen, namentlich die Abschreibungserleichterungen und eine Senkung der Energiekosten rasch verabschieden. Das würde die Investitionstätigkeit der Unternehmen sicherlich beleben, zumal davon ausgegangen werden kann, dass sich in den letzten Jahren angesichts der Investitionsschwäche ein Investitionsstau gebildet hat. Überdies wird von den zusätzlichen, schuldenfinanzierten Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung ein merklicher konjunktureller Impuls kommen. Beides zusammen – mehr private und mehr öffentliche Investitionen – würde auch die längerfristigen Wachstumsbedingungen (Produktionspotenzial) verbessern.

Eine generelle Verbesserung des Wirtschaftsklimas würde sich auch auf den privaten Konsum positiv auswirken. Selbst wenn die Realeinkommen nicht mehr so stark steigen, so steigen sie doch und bei Normalisierung der Sparquote / Erhöhung der Kaufneigung würde auch der private Konsum die Konjunktur stützen. Auch in der Bauwirtschaft zeichnet sich eine Wende ab, sei es wegen vermehrter Infrastrukturinvestitionen, aber auch aufgrund einer erwarteten Wiederbelebung des Wohnungsbaus. Der seit Mitte letzten Jahres in Gang gekommene Zinssenkungsprozess sollte sich noch etwas fortsetzen und damit werden die Finanzierungsbedingungen günstiger.

Für die deutschen Exporteure dürfte die Situation schwierig bleiben. Selbst wenn bei den US-Zöllen „gewisse Deals“ möglich scheinen, so wird sich die Situation insgesamt doch wahrscheinlich gegenüber jener vor Trump verschlechtern. Es werden vermutlich mehr Branchen als früher betroffen sein, teils dürften höhere Zölle als zuvor gelten. Und die USA sind immerhin der wichtigste Handelspartner für deutsche Unternehmen. Und auch im Handel mit China könnte es nach der Er-

höhung der Zölle für chinesische Elektroautos durch die EU zu Handelskonflikten kommen. Letztlich hat sich seit einiger Zeit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch noch durch das Wiedererstarren des Euros verschlechtert. Selbst wenn die Einfuhren bei wieder anziehender Konjunktur hierzulande nur langsam zunehmen, wird so der Wachstumsbeitrag seitens des Außenhandels negativ sein; der – traditionell hohe – Leistungsbilanzüberschuss dürfte sich verringern.

Unter vorgenannten Bedingungen würde sich die für den weiteren Verlauf dieses Jahres erwartete Wiederbelebung der Konjunktur im nächsten Jahr sogar noch etwas verstärkt fortsetzen. Sicherlich ist dabei vorläufig nicht mit derart hohen Expansionsraten wie in früheren Aufschwüngen zu rechnen, doch eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit einer laufenden Rate zwischen 1 ¼ und 1 ¾ % erscheint möglich. Im Jahresdurchschnitt 2026 würde die Wachstumsrate dann rund 1 ½ % betragen.

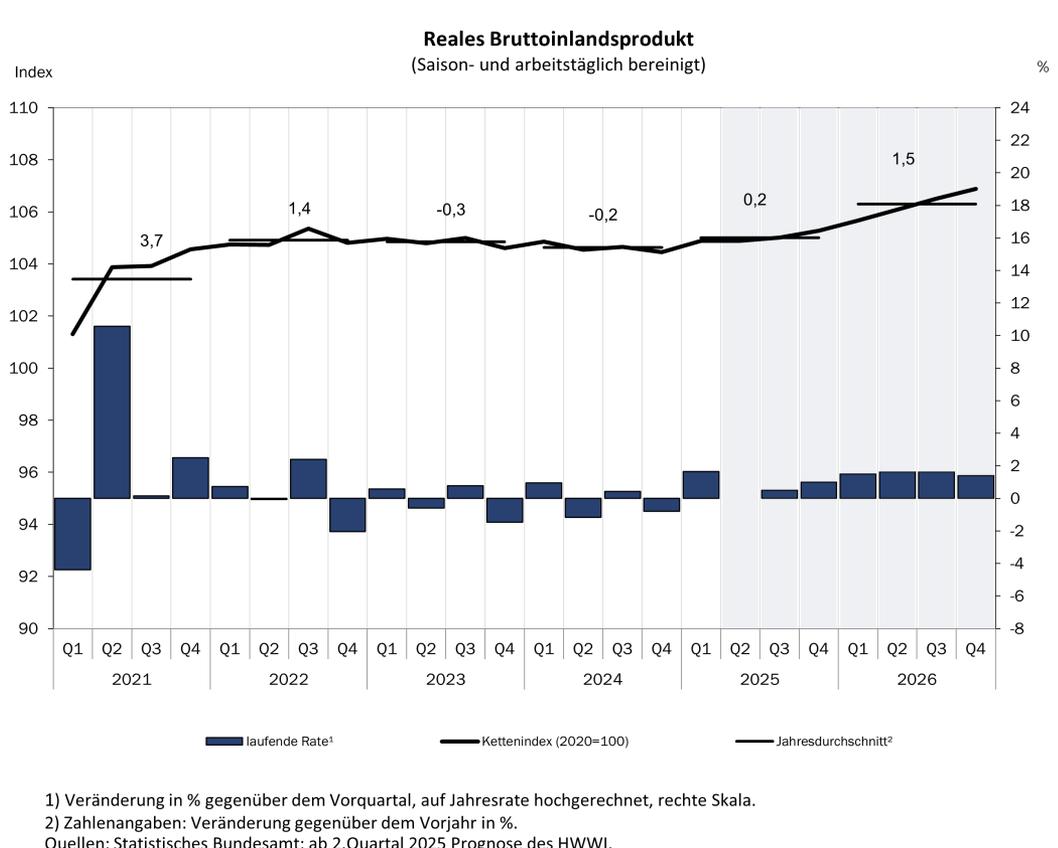


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Dann auch Besserung am Arbeitsmarkt im nächsten Jahr zu erwarten

In diesem Jahr ist eine Besserung der Arbeitsmarktsituation kaum mehr zu erwarten. Die angekündigten Reform-, sowie zusätzlichen Infrastruktur- und Verteidigungsmaßnahmen brauchen Zeit für ihre Umsetzung, sodass eine allmähliche Wiederbelebung der Wirtschaft erst im Laufe der zweiten Hälfte dieses Jahres in Gang kommen wird. Und auch weil etliche Unternehmen einen Personalabbau angekündigt haben, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen vorläufig noch sinken und die der Arbeitslosen steigen. Erst mit nachhaltiger konjunktureller Erholung im nächsten Jahr wird die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen wieder zunehmen und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Die Arbeitslosenquote könnte dann wieder unter 6 % sinken.

Die Inflationsentwicklung hat sich insgesamt beruhigt, bei allerdings noch divergierenden Einzeleinflüssen. Die weitere Entwicklung der zuletzt vor allem inflationsdämpfenden Öl- bzw.

Energiepreise ist recht unsicher. Die Förderkosten liegen in den Förderländern teils höher als der aktuelle Ölpreis und auch die Staatshaushalte einiger dieser Länder, die von deren Öleinnahmen abhängen, sind unter Druck geraten. Deshalb wird hier davon ausgegangen, dass die Ölförderländer darauf reagieren und der Ölpreis wieder ansteigt; anderenfalls wäre dies umso günstiger für die Inflationsentwicklung. Umgekehrt sind die Aussichten für die die Kernrate bislang treibenden Arbeitskosten eher positiv. Die Tarifabschlüsse der jüngeren Vergangenheit haben der nunmehr niedrigeren Inflationsentwicklung weitgehend Rechnung getragen, sodass von dieser Seite der Inflationsdruck nachlassen dürfte. Unter diesen Bedingungen könnte sich die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe im Prognosezeitraum bei 2 % stabilisieren. Die jahresdurchschnittlichen Inflationsraten würden dann in diesem Jahr 2,1 % und 2026 2,0 % betragen. Die größten Unsicherheiten für die künftige Preisentwicklung – in beiden Richtungen – liegen in der weiteren Entwicklung der Ölpreise.

Aktuelle Prognoserisiken durch Ungewissheit über US-Zollpolitik

Die geopolitischen Krisen dauern nun überwiegend schon eine Zeit lang an und man kann das Gefühl haben, dass sich die Wirtschaftsakteure darauf weitgehend eingestellt haben. Eine andere Unsicherheit der jüngeren Vergangenheit, die unklare politische Situation hierzulande, ist durch die Neuwahl und die Regierungsbildung – trotz teils divergierender Vorstellungen im Einzelnen – auf absehbare Zeit geklärt.

Die aktuell größten Unsicherheiten für die deutsche Wirtschaft bestehen deshalb in der Zollpolitik der USA. Im April/Mai wurden zunächst die Zölle allgemein auf 10 % und für Autos sowie Stahl und Aluminium auf 25 % beschränkt – allerdings lediglich mit einer Aufschiebefrist für Verhandlungen bis Anfang Juli. Trotzdem wurden aber schon Anfang Juni kurzfristig die Zölle auf Stahl und Aluminium auf 50 % verdoppelt. Für zusätzliche Verunsicherungen sorgen auch die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit der Zollerhöhungen innerhalb der USA. Die deutsche Regierung setzt im Zollstreit mit der US-Administration auf Verhandlungen, und hier wiederum vor allem auf EU-Ebene. Hier wird davon auszugehen, dass die Zollbelastung der deutschen Exporte in die USA insgesamt im Prognosezeitraum über der der Vor-Trump-Ära liegen wird, was negative Auswirkungen auf die deutschen Exporte in die USA hätte.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2022, 2023 und 2024 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5
Private Konsumausgaben	5,6	-0,4	0,2	1,0	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,1	-0,1	3,2	1,1	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,7	1,0	4,2
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,4	0,3	5,7
Bauten	-3,9	-3,4	-3,2	0,6	3,3
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	2,9	4,2
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	0,3	1,2	1,7
Ausfuhr	3,1	-0,3	-1,8	-0,7	1,7
Einfuhr	7,0	-0,6	-0,7	1,7	2,4
Erwerbstätige	1,4	0,7	0,2	-0,2	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,42	2,61	2,80	2,92	2,81
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,1	5,4	5,7	6,0	5,8
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,2	2,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,1	-2,5	-2,7	-2,5	-2,5
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	3,8	5,6	5,7	4,9	4,6

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Erwerbstätige (Inland)	1,4	0,7	0,2	-0,2	0,1
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,0	0,4	0,0	0,3	-0,7
Arbeitstage	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,2	0,4	-0,1	-0,1	0,4
Produktivität	0,2	-0,6	-0,1	0,4	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5

Table 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2944,9	3110,8	3230,6	3335,8	3444,4
Private Haushalte einschl. OoE	2075,1	2205,6	2270,4	2342,5	2420,2
Staat	869,8	905,2	960,2	993,3	1024,2
Anlageinvestitionen	858,3	899,9	898,5	930,4	991,9
Ausrüstungen	263,0	275,7	265,3	272,3	294,8
Bauten	446,5	466,1	464,8	480,3	508,0
Sonstige Anlagen	148,8	158,0	168,4	177,9	189,1
Vorratsveränderungen	52,0	7,2	7,2	25,0	17,7
Inlandsnachfrage	3855,1	4017,9	4136,3	4291,2	4454,0
Außenbeitrag	98,7	167,7	169,0	134,4	132,3
Ausfuhr	1810,1	1816,6	1799,6	1826,1	1895,1
Einfuhr	1711,4	1649,0	1630,6	1691,7	1762,8
Bruttoinlandsprodukt	3953,9	4185,6	4305,3	4425,6	4586,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	10,7	5,6	3,9	3,3	3,3
Private Haushalte einschl. OoE	12,7	6,3	2,9	3,2	3,3
Staat	6,1	4,1	6,1	3,4	3,1
Anlageinvestitionen	10,1	4,9	-0,2	3,6	6,6
Ausrüstungen	11,7	4,8	-3,8	2,6	8,3
Bauten	10,5	4,4	-0,3	3,3	5,8
Sonstige Anlagen	6,5	6,2	6,6	5,6	6,3
Inlandsnachfrage	10,6	4,2	2,9	3,7	3,8
Ausfuhr	15,4	0,4	-0,9	1,5	3,8
Einfuhr	24,1	-3,6	-1,1	3,7	4,2
Bruttoinlandsprodukt	7,5	5,9	2,9	2,8	3,6

Table 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2685,0	2676,9	2705,4	2732,8	2766,1
Private Haushalte einschl. OoE	1888,8	1881,9	1885,3	1903,3	1928,5
Staat	796,3	795,2	820,7	830,0	838,3
Anlageinvestitionen	739,7	730,8	711,4	718,3	748,6
Ausrüstungen	241,3	239,3	226,3	227,0	239,8
Bauten	358,5	346,4	335,2	337,1	348,1
Sonstige Anlagen	140,8	147,4	153,1	157,5	164,2
Inlandsnachfrage	3456,9	3442,9	3452,7	3495,8	3556,7
Ausfuhr	1531,4	1526,8	1499,0	1488,4	1513,8
Einfuhr	1360,5	1352,0	1342,4	1365,3	1398,7
Bruttoinlandsprodukt	3625,2	3615,5	3606,9	3616,0	3669,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	3,9	-0,3	1,1	1,0	1,2
Private Haushalte einschl. OoE	5,6	-0,4	0,2	1,0	1,3
Staat	0,1	-0,1	3,2	1,1	1,0
Anlageinvestitionen	-0,2	-1,2	-2,7	1,0	4,2
Ausrüstungen	4,5	-0,8	-5,4	0,3	5,7
Bauten	-3,9	-3,4	-3,2	0,6	3,3
Sonstige Anlagen	2,6	4,7	3,9	2,9	4,2
Inlandsnachfrage	2,8	-0,4	0,2	1,2	1,7
Ausfuhr	3,1	-0,3	-1,8	-0,7	1,7
Einfuhr	7,0	-0,6	-0,7	1,7	2,4
Bruttoinlandsprodukt	1,4	-0,3	-0,2	0,2	1,5

Table 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,8	6,7	2,7	2,2	2,0
Konsumausgaben Staat	5,9	4,2	2,8	2,3	2,1
Anlageinvestitionen	10,4	6,1	2,6	2,6	2,3
Ausrüstungen	6,9	5,7	1,7	2,3	2,5
Bauten	15,0	8,1	3,0	2,8	2,4
Sonstige Anlagen	3,8	1,4	2,6	2,6	2,0
Ausfuhr	12,0	0,7	0,9	2,2	2,0
Einfuhr	16,0	-3,0	-0,4	2,0	1,7
Bruttoinlandsprodukt	6,1	6,1	3,1	2,5	2,1

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2731,4	2896,3	3014,3	3106,7	3202,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	368,2	383,0	402,6	421,1	434,3
Bruttolöhne und -gehälter	1718,7	1846,0	1953,3	2022,3	2085,6
Übrige Primäreinkommen	644,4	667,2	658,4	663,2	683,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	570,6	579,9	561,8	562,8	585,9
Nettonationaleinkommen	3302,0	3476,2	3576,1	3669,5	3788,7
Abschreibungen	795,1	856,0	886,8	918,6	957,6
Bruttonationaleinkommen	4097,1	4332,2	4462,8	4588,1	4746,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2937,8	3132,7	3188,7	3273,1	3383,4
Arbeitnehmerentgelt	2087,0	2229,0	2355,9	2443,5	2519,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	850,8	903,7	832,8	829,7	863,5
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	8,1	6,0	4,1	3,1	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	4,0	5,1	4,6	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	6,1	7,4	5,8	3,5	3,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	4,3	6,4	5,4	3,8	3,1
Übrige Primäreinkommen	15,3	3,5	-1,3	0,7	3,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	1,6	-3,1	0,2	4,1
Nettonationaleinkommen	6,8	5,3	2,9	2,6	3,2
Abschreibungen	12,1	7,7	3,6	3,6	4,3
Bruttonationaleinkommen	7,8	5,7	3,0	2,8	3,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	5,4	6,6	1,8	2,6	3,4
Arbeitnehmerentgelt	6,0	6,8	5,7	3,7	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	6,2	-7,8	-0,4	4,1

Table 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1714,4	1857,9	1971,8	2041,9	2101,5
Nettolöhne und -gehälter	1174,8	1286,5	1364,1	1407,0	1447,9
Monetäre Sozialleistungen ¹	688,5	730,6	777,7	813,4	839,1
verbrauchsnahe Steuern	148,9	159,2	170,0	178,5	185,5
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	644,4	667,2	658,4	663,2	683,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-109,0	-120,5	-128,5	-134,0	-139,0
Verfügbares Einkommen	2249,8	2404,6	2501,7	2645,5	2644,7
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	62,8	57,7	57,7	58,7	60,4
Konsumausgaben	2075,1	2205,6	2270,4	2342,5	2420,2
Sparen	237,5	256,7	289,0	287,3	285,7
Sparquote	10,3	10,4	11,3	10,9	10,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	4,4	8,4	6,1	3,6	2,9
Nettolöhne und -gehälter	5,7	9,5	6,0	3,1	2,9
Monetäre Sozialleistungen ¹	1,7	6,1	6,4	4,6	3,2
verbrauchsnahe Steuern	2,2	6,9	6,8	5,0	3,9
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	15,3	3,5	-1,3	0,7	3,0
Verfügbares Einkommen	7,9	6,9	4,0	2,8	2,9
Konsumausgaben	12,7	6,3	2,9	3,2	3,3
Sparen	-21,8	8,1	12,6	-0,6	-0,6

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Table 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2022	2023	2024	2025	2026
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	960,8	961,3	994,9	1032,7	1078,8
Sozialbeiträge	667,1	709,9	755,7	781,2	804,6
Vermögenseinkommen	18,6	31,4	34,3	37,5	39,4
Sonst. lfd. Übertragungen	29,2	33,4	31,4	32,8	33,4
Vermögenstransfers	18,4	19,4	20,6	21,6	22,6
Verkäufe	158,3	165,5	185,1	193,9	200,9
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1852,6	1921,2	2022,2	2099,8	2179,8
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	252,2	264,0	284,2	296,9	309,6
Arbeitnehmerentgelt	320,7	337,6	358,3	368,6	381,0
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,9	36,6	46,1	52,5	60,2
Subventionen	67,5	84,5	54,4	54,3	55,4
Monetäre Sozialleistungen	613,9	657,0	702,3	734,3	757,4
Soziale Sachleistungen	354,6	362,1	392,0	402,8	413,4
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	111,3	91,9	90,4	88,1	90,2
Vermögenstransfers	77,9	74,4	84,4	78,5	81,0
Bruttoinvestitionen	112,2	117,1	125,7	133,8	148,0
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,0	-0,5	-0,2	-0,1	-0,2
Ausgaben insgesamt	1937,5	2025,0	2137,8	2210,1	2296,4
Finanzierungssaldo	-84,9	-103,8	-115,6	-110,3	-116,6
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	7,0	0,1	3,5	3,8	4,5
Sozialbeiträge	5,5	6,4	6,5	3,4	3,0
Vermögenseinkommen	14,9	68,7	9,2	9,5	4,9
Sonst. lfd. Übertragungen	-9,5	14,5	-5,9	4,4	1,7
Vermögenstransfers	-4,7	5,6	6,0	4,9	4,6
Verkäufe	5,5	4,6	11,8	4,7	3,6
Einnahmen insgesamt	6,0	3,7	5,3	3,8	3,8
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	3,5	4,7	7,7	4,5	4,3
Arbeitnehmerentgelt	4,4	5,3	6,1	2,9	3,4
Sonst. Produktionsabgaben	-32,5	10,7	-9,4	16,2	17,3
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,2	31,2	26,0	14,0	14,5
Subventionen	-37,2	25,3	-35,6	-0,3	2,0
Monetäre Sozialleistungen	1,3	7,0	6,9	4,6	3,1
Soziale Sachleistungen	7,1	2,1	8,3	2,8	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	22,9	-17,5	-1,5	-2,6	2,4
Vermögenstransfers	51,5	-4,4	13,3	-6,9	3,2
Bruttoinvestitionen	5,7	4,4	7,3	6,5	10,6
Ausgaben insgesamt	3,9	4,5	5,6	3,4	3,9
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,1	-2,5	-2,7	-2,5	-2,5